

23.07.01

Unterrichtung

**durch das
Europäische Parlament**

**Entschließung des Europäischen Parlaments zur Tagung des
Europäischen Rates vom 15.-16. Juni 2001 in Göteborg**

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 116715 - vom 19. Juli 2001. Das Europäische Parlament hat die Entschließung in
der Sitzung am 4. Juli 2001 angenommen.

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Tagung des Europäischen Rates vom 15.-16. Juni 2001 in Göteborg

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Berichts des Europäischen Rates und der Erklärung der Kommission zum Ergebnis der Tagung des Europäischen Rates vom 15.-16. Juni 2001 in Göteborg,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 13. Juni 2001²⁴ zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 15. und 16. Juni 2001 in Göteborg,
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen der Tagungen des Europäischen Rates von Cardiff (Juni 1998), Helsinki (Dezember 1999), Lissabon (März 2000) und Stockholm (März 2001),
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 31. Mai 2001 zu dem Vertrag von Nizza und der Zukunft der Europäischen Union²⁵,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 17. Mai 2001 zur Lage im Nahen Osten²⁶,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. März 2001 zur Konfliktprävention und zur zivilen Krisenbewältigung²⁷,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 17. Mai 2001 zum Stand des transatlantischen Dialogs²⁸,

I. Die Zukunft Europas

Erweiterung

1. begrüßt den Auftrieb, den die Verhandlungen durch die Erklärung des Rates erhalten haben, wonach der Erweiterungsprozess nicht mehr rückgängig zu machen ist; fordert die Kommission sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten und der Bewerberländer auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass das Ziel einer Beteiligung der Bürger der Bewerberländer an den Europawahlen im Jahr 2004 erreicht wird;
2. ersucht die Kommission und den Rat, alle möglichen Optionen zu prüfen, um den Zeitplan für die Erweiterung nicht zu gefährden;

²⁴ Angenommene Texte Punkt 4.

²⁵ Angenommene Texte Punkt 4.

²⁶ Angenommene Texte Punkt 6.

²⁷ Angenommene Texte Punkt 4.

²⁸ Angenommene Texte Punkt 7.

Irland

3. wiederholt unter Hinweis auf die Volksabstimmung in Irland seine Auffassung, dass der Europäische Rat die volle Verantwortung nicht nur für die Erarbeitung des Vertrags, sondern auch für dessen Ratifizierung übernehmen muss; begrüßt die Bereitschaft des Europäischen Rates, der irischen Regierung auf jede denkbare Weise dabei zu helfen, einen Ausweg zu finden und den Sorgen der irischen Bevölkerung Rechnung zu tragen;
4. fordert den Europäischen Rat auf, einzuräumen, dass die Methode der Vertragsreform ausschließlich auf Regierungsebene und hinter verschlossenen Türen unmittelbar zu dem negativen Votum der irischen Bevölkerung beigetragen hat;
5. hofft, dass die irische Regierung die Frist für die Ratifizierung des Vertrags bis Ende 2002 einhält;

Die Zukunft der Union

6. bedauert den Vorschlag des Europäischen Rates bezüglich der „etwaigen Schaffung eines öffentlichen Forums“ zur Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz und fordert, dass vom Europäischen Rat in Laeken im Dezember ein in geeigneter Form zusammengesetzter Konvent als Vertretung der Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission geschaffen wird;
7. erwartet, dass die belgische Präsidentschaft entsprechend diesen Vorgaben einen ehrgeizigen und detaillierten Vorschlag ausarbeitet, der auf dem Gipfel in Laeken angenommen werden sollte, damit der Konvent seine Arbeit aufnehmen und konstitutionelle Vorschläge unterbreiten kann, die als Grundlage für die Arbeit der Regierungskonferenz dienen;
8. zeigt sich besorgt darüber, dass der Rat nicht in der Lage war, sich über den Vorschlag für eine Verordnung über die Satzung der europäischen politischen Parteien zu einigen und diesen anzunehmen;

Vorkommnisse während des Gipfels

9. bedauert zutiefst die Gewalttätigkeiten und Provokationen, die während des Gipfeltreffens von Göteborg durch organisierte Gruppen und sogar spezielle Kommandos, die nur einen verschwindend geringen Anteil an den anwesenden Demonstranten darstellten, verübt wurden; betrachtet dieses Verhalten als völlig inakzeptabel in einer demokratischen Gesellschaft, die der Beachtung des Grundsatzes der Meinungsfreiheit und der Wahrung des Rechts auf öffentliche und friedliche Demonstrationen große Bedeutung beimisst; äußert seine Solidarität mit allen Bürgern, die Opfer der Gewalt geworden sind, sowie mit den schwedischen Behörden;

II. Nachhaltige Entwicklung

10. begrüßt die Tatsache, dass die schwedische Präsidentschaft dem Thema nachhaltige Entwicklung große Bedeutung beigemessen hat; betont, dass eine Strategie für nachhaltige Entwicklung ohne eine umfassende Information und Beteiligung aller Bürger nicht wirksam und effizient sein kann; bedauert, dass sich der Europäische Rat zwar auf

allgemeine Grundsätze für nachhaltige Entwicklung einigen konnte, aber keinerlei konkrete Maßnahmen beschlossen hat;

11. weist nochmals darauf hin, dass das Prodi-Papier über nachhaltige Entwicklung eine Reihe interessanter Gedanken und Maßnahmen enthielt; begrüßt es, dass die Kommission erklärt hat, sie werde ihre weitere Arbeit auf diese Vorschläge stützen; fordert den belgischen Vorsitz dringend auf, in Laeken noch konkretere Maßnahmen zu erarbeiten und rechtzeitig zur Tagung des Europäischen Rates 2002 in Barcelona quantifizierte Ziele für eine nachhaltige Entwicklung vorzugeben;
12. fordert den Rat mit Nachdruck auf, die in Göteborg gefassten Beschlüsse vollständig umzusetzen, insbesondere in Bezug auf die Ergänzung der Strategie von Lissabon durch eine dritte, die Umweltdimension sowie die Verwirklichung wichtiger Ziele und Maßnahmen im Sechsten Umweltaktionsprogramm, das der ökologische Eckpfeiler der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung sein muss;
13. fordert, dass es an der Vorbereitung und am Follow-up dieses Prozesses, zusammen mit den verschiedenen Interessengruppen in der Europäischen Union und in den Bewerberländern, in vollem Umfang beteiligt wird;
14. betont, dass die nachhaltige Entwicklung eine Frage der Solidarität zwischen den Regionen und Völkern Europas und der Welt ist; fordert daher den Rat und die Kommission auf, die Strategie der Europäischen Union für den 2002 in Johannesburg stattfindenden Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, auf dem die Europäische Union eine wirkliche politische Führungsrolle spielen sollte, umfassend vorzubereiten;
15. begrüßt die Bestätigung der von der Europäischen Union eingegangenen Verpflichtungen gegenüber dem Prozess von Kyoto und fordert Rat und Kommission nachdrücklich auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine baldige Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch die Union und ihre Mitgliedstaaten vorzubereiten, und die für seine Umsetzung notwendigen konkreten Maßnahmen zu treffen;
16. begrüßt die in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates enthaltene Verpflichtung, Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren für die öffentliche Gesundheit zu treffen, und ist davon überzeugt, dass die Frage der Nahrungsmittelsicherheit von besonderer Bedeutung ist, wenn man das Vertrauen und die Unterstützung der Öffentlichkeit gewinnen will; hält es in diesem Zusammenhang für äußerst wichtig, dass sich Rat und Parlament bald über die endgültige Annahme der Rechtsvorschriften über die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit und das Lebensmittelrecht einigen;
17. unterstreicht die dringende Notwendigkeit einer Revision der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Gemeinsamen Fischereipolitik im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung und fordert einen klaren Zeitplan für diese Reformen;
18. begrüßt die Unterstützung für Maßnahmen zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit im Verkehrssektor sowie für eine bessere Preistransparenz und fordert die Festlegung von Prioritäten für die Revision der Leitlinien für die Einbeziehung der transeuropäischen Verkehrsnetze in alle den Verkehrssektor betreffenden Vorschläge der Europäischen Union;

19. begrüßt in Bezug auf die Entwicklung die erneut bekräftigte Zusage, den UN-Zielwert für staatliche Entwicklungshilfe von 0,7% des BIP so rasch wie möglich zu erreichen – ein Ziel, das von den Mitgliedstaaten in der Vergangenheit nicht erreicht wurde;

III. Weiteres Vorgehen nach der Stockholmer Tagung des Europäischen Rates

20. begrüßt die Einbeziehung von Elementen der nachhaltigen Entwicklungspolitik der Union in die Grundzüge der Wirtschaftspolitik; unterstreicht, dass weitere Anstrengungen unternommen werden sollten, um einige zusätzliche politische Ziele, die in den Grundzügen und den vorgeschlagenen politischen Empfehlungen nicht berücksichtigt sind, in diesen Politikbereich einzubeziehen;
21. hält die Umsetzung dieser Empfehlungen für eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich der Euro als stabile Währung etablieren und der Wettbewerbsdruck in der europäischen Wirtschaft abgemildert werden kann;
22. unterstreicht die Herausforderungen aufgrund der jüngsten Entwicklungen in den Konjunkturaussichten der europäischen Wirtschaft mit dem Entstehen eines Inflationsdrucks und der Korrektur früherer Wachstumsprognosen nach unten; betont daher die Notwendigkeit weiterer, innovativer Maßnahmen sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite, um Engpässe auf dem Arbeitsmarkt und den Produktmärkten zu beseitigen und Investitionen in den Bereichen Bildung, Lebensqualität, soziale Integration und Umweltschutz auszuweiten;
23. ist der Auffassung, dass die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Strategie von Lissabon auch die Strategie für nachhaltige Entwicklung („mainstreaming“) umfassen müssen, und fordert die Erarbeitung einer starken analytischen Grundlage, die künftige Aktionen ermöglichen wird;
24. begrüßt die Tatsache, dass der Europäische Rat die drei grundlegenden Rahmenprinzipien des Europäischen Parlaments für die Sicherung der langfristigen Finanzierbarkeit der Altersversorgungssysteme akzeptiert hat: Bewahrung der Fähigkeit der Systeme, ihren sozialen Zielsetzungen gerecht zu werden, Erhaltung ihrer Finanzierbarkeit und Berücksichtigung der sich wandelnden sozialen Erfordernisse; weist darauf hin, dass durch die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen die Nachhaltigkeit des Sozialschutzsystems verstärkt wird;
25. begrüßt die weiteren Verhandlungen über das Steuerpaket; betont, dass eine Frist für eine endgültige Einigung über das gesamte Steuerpaket festgelegt werden muss; drängt daher auf eine weitere Beschleunigung der Verhandlungen mit Drittländern;
26. fordert den Rat auf, die formelle Annahme des Gemeinsamen Standpunkts zur Richtlinie über die Unterrichtung und Konsultation von Arbeitnehmern in der Europäischen Union zu beschleunigen; betont die Notwendigkeit einer Reihe wirksamer Sanktionen für den Fall der Nichteinhaltung;
27. bedauert, dass der Europäische Rat erneut mit seinem Vorhaben gescheitert ist, Fortschritte im Hinblick auf den einheitlichen europäischen Luftraum zu erzielen;

IV. Transatlantische Beziehungen

- 28 begrüßt die erneute Verpflichtung zur Ratifizierung des Protokolls von Kyoto trotz des Rückzugs der Vereinigten Staaten, ist jedoch nach wie vor sehr enttäuscht über die einseitige und unkooperative Haltung der Vereinigten Staaten in dieser globalen Frage; fordert eine Fortsetzung der diplomatischen Anstrengungen, um sicherzustellen, dass sich die Vereinigten Staaten vollständig an den internationalen Bemühungen um eine Bekämpfung der Klimaänderungen beteiligen, und alle Parteien, die das Protokoll unterzeichnet haben, ihre diesbezüglichen Verpflichtungen einhalten;
- 29 hofft, dass die Festlegung von fünf strategischen Themen – von der Behandlung von Sicherheitsproblemen bis zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung und einem multilateralen Handelssystem – dazu führen wird, dass die transatlantischen Beziehungen in den nächsten Jahren zu mehr Kohärenz und Konzentration finden; betont die Notwendigkeit, dass die Europäische Union und die Vereinigten Staaten gemeinsam an einer Definition ihrer Aufgaben und Zuständigkeiten im Rahmen ihrer strategischen globalen Partnerschaft arbeiten;
30. begrüßt die erfolgreiche Beilegung des jahrelangen Streits zwischen den USA und der Europäischen Union über Bananen und hofft, dass ähnliche Lösungen für andere ungelöste Handelsstreitigkeiten gefunden werden können;
31. nimmt die WTO-Vorabentscheidung zur Kenntnis, der zufolge das FSC-Gesetz (foreign sales corporations) gegen die Welthandelsvorschriften verstößt, und hofft, dass die Vereinigten Staaten ihrer Verpflichtung zu einem internationalen Schlichtungsverfahren in Handelsfragen durch eine Änderung der diesbezüglichen Rechtsvorschriften nachkommen wird, um einen transatlantischen Handelsstreit zu vermeiden, bevor die endgültige Entscheidung getroffen wird;
32. bedauert, dass in 38 Bundesstaaten der USA weiterhin die Todesstrafe verhängt werden kann, dass sie unverhältnismäßig oft arme und Mitglieder von Minderheitengruppen trifft, dass eine alarmierende Zahl von Bürgern zu Unrecht inhaftiert und zum Tode verurteilt wurde und dass die Todesstrafe auch gegen jugendliche und geistig behinderte Straftäter ausgesprochen wurde; fordert die Vereinigten Staaten und ihre Bundesstaaten daher auf, sich an die internationalen Normen zu halten und ein Moratorium für alle Hinrichtungen zu beschließen;

V. Aussenbeziehungen

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

33. teilt die Auffassung des Rates, dass die Europäische Union Fortschritte dabei erzielt hat, ihre Fähigkeiten, Strukturen und Verfahren im Bereich der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung weiterzuentwickeln, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung einer dauerhaften und effektiven Beziehung zur NATO, fordert jedoch mehr Anstrengungen, um zu Vereinbarungen zu gelangen, die der Europäischen Union den Zugriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO ermöglichen; erinnert die Mitgliedstaaten der Europäischen Union an ihre Verpflichtung, ihre Verteidigungshaushalte umzustrukturieren und auf das Niveau zu bringen, das zur Verwirklichung der ehrgeizigen Ziele im Rahmen der ESVP erforderlich ist, und bekräftigt erneut seine Überzeugung, dass eine parlamentarische Dimension der ESVP sichergestellt werden muss;

34. ist der Überzeugung, dass die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Fähigkeit der Union stärkt, gemäß den Grundsätzen der UN-Charta zum Frieden und zur Sicherheit in der Welt beizutragen;
35. begrüßt die Erklärung des Europäischen Rates zur Verhinderung der Verbreitung ballistischer Raketen und äußert erneut seine schwerwiegende Besorgnis über die Initiative der USA in Bezug auf das Raketenabwehrsystem;
36. betont die Notwendigkeit, dass die Vereinigten Staaten, wie im Gespräch mit dem US-Präsidenten in Göteborg angekündigt, ihre europäischen Partner und alle betroffenen Länder konsultieren; bekräftigt jedoch seinen Standpunkt, dass vor irgendwelchen neuen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem ABM-Vertrag multilaterale Verhandlungen und ein Dialog stattfinden sollten;

Naher Osten

37. ruft die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, zusammen mit allen Beteiligten in der Region nach einem parallelen Weg zu suchen, um die Empfehlungen und Vorschläge der Fact-finding-Mission von Scharm-el-Scheik („Mitchell-Bericht“) umzusetzen;
38. begrüßt den Bericht über den Nahen Osten, den der Hohe Vertreter der Europäischen Union, Javier Solana, dem Rat vorgelegt hat; ist davon überzeugt, dass seine jüngsten Bemühungen gemeinsam mit dem Sonderbeauftragten der Europäischen Union, Miguel Ángel Moratinos, dazu beigetragen haben, die Europäische Union sichtbarer zu machen, und stellt fest, dass diese Aktivitäten das Profil der Union geschärft haben;
39. fordert den Hohen Vertreter der Europäischen Union auf, gemäß den in den Schlussfolgerungen des Gipfels von Göteborg enthaltenen Leitlinien einen allgemeinen Plan auf der Grundlage politischer Perspektiven und Empfehlungen für den Nahen Osten zu erarbeiten, um nach Beilegung der Krise zur Wiederherstellung des Vertrauens in den Frieden und die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten beizutragen;
40. fordert erneut den Einsatz einer internationalen Beobachtermission in den besetzten Gebieten und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, sich im Rahmen der Vereinten Nationen gezielt darum zu bemühen;

Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

41. bedauert, dass bei den Verhandlungen zwischen den Parteien über Verfassungsreformen und den Entwurf eines Friedensplans wesentliche Fortschritte ausbleiben;
42. verurteilt jeden Rückgriff auf Gewalt und betont seine anhaltende nachdrückliche Unterstützung der Regierung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien für den Prozess des Dialogs zwischen den ethnischen Gruppen; appelliert an alle demokratischen Kräfte in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, an die Nachbarländer und an die internationale Gemeinschaft, gemeinsam gegen den Extremismus vorzugehen;
43. fordert den Hohen Vertreter, Javier Solana, und den Sonderbeauftragten, François Léotard,

auf, sich an die Spitze einer diplomatischen Aktion zu stellen, um eine Vereinbarung zwischen der mazedonischen Regierung und der albanischen Minderheit im Lande zu erreichen und damit die Krise in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie die Gefahr eines Rückfalls in den Bürgerkrieg zu überwinden;

44. unterstreicht die Notwendigkeit, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien als Staat zu erhalten, in dem alle Bürger gleichberechtigt sind, und einen Rückschritt zur Trennung des Landes aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit zu verhindern, und ist davon überzeugt, dass eine Beilegung der Krise nur auf der Grundlage eines institutionellen Reformprogramms, das von allen demokratisch gewählten Parteien des Parlaments der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien beschlossen wird, erreicht werden kann;
45. begrüßt die Bereitschaft der NATO, ihren Beitrag zur Entwaffnung der albanischstämmigen Extremisten (UCK und andere) gemäß dem Friedensplan von Präsident Trajkovski zu leisten, dabei jedoch nicht zuzulassen, dass sie, wie in Bosnien und Kosovo, in vollem Umfang in eine „friedenserhaltende“ Rolle hineingedrängt wird;
46. unterstützt die Entschlossenheit des Rates, weitere Finanzhilfen für Mazedonien von spürbaren Fortschritten bei den Verhandlungen zwischen den Parteien abhängig zu machen;

Europakonferenz

47. begrüßt den Beschluss des Europäischen Rates, unter belgischem Vorsitz Moldau und die Ukraine zur Europakonferenz einzuladen und damit eine positive Reaktion auf die europäischen Ambitionen der beiden Länder zu zeigen; ist der Auffassung, dass die Beteiligung dieser beiden Länder an den Strukturen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit zur Stabilität und zum Frieden auf dem Kontinent beitragen wird; betont erneut, dass eine uneingeschränkte Achtung der grundlegenden Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit für jedes Land als grundlegende Voraussetzung zur Beteiligung am weiteren Prozess der europäischen Integration angesehen werden sollte;

o
o o

48. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschliebung dem Europäischen Rat, dem Rat, der Kommission und den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.